

Zivilcourage in der DDR

Diktaturen mit totalitären Ansprüchen versuchen die Illusion zu erzeugen, als handele die Gesellschaft geschlossen und einmütig, willig angeleitet und einsichtig verstehend in voller Übereinstimmung mit der Staats- oder auch der Parteiführung. So hat der kommunistische SED-Staat seine Untertanen als Akklamationskollektiv alle paar Jahre zu Wahlen antreten lassen, die etwa 99 Prozent Zustimmung ergaben. Tatsächlich beteiligten sich die DDR-Bürger an diesem Schauspiel massenhaft. blieb das Ergebnis dennoch darunter, wurde es in den Parteibüros kurzerhand und heimlich „hochgefälscht“.

Die wenigen, die dem Druck standhielten und der Wahl fernblieben oder den Stimmzettel vor vielen Augen derart verunstalteten, dass daraus eine Neinstimme wurde, hatten ihre Courage in zwei Richtungen bewiesen. Einmal hatten sie der latenten Drohung durch die Herrschenden trotz hoher Risiken nicht nachgegeben. Aber zugleich hatten sie sich dem Konformitätsdruck des Schweigekartells entzogen. Allein schon dass sie politisch unangenehm aufgefallen waren, verhinderte bei eintretenden Schwierigkeiten Solidaritätsbekundungen der Mitmenschen.

Allein diese dauerhafte Einengung politischer Bewegungsräume sorgte dafür, dass öffentlicher Widerspruch oder gar Opposition und Widerstand, den es zwar in der SBZ/DDR immer gegeben hatte, stets nur von Minderheiten getragen wurde. Nur zweimal in vierzig Jahren wurde die erklärte Absage an das Regime zur Massenerscheinung. Zunächst sollen die Rahmenbedingungen des politischen Handelns kurz skizziert werden.

Rahmenbedingungen für politisches Aufbegehren

Der fehlende gesellschaftliche Resonanzboden für öffentliche Kritik rührte vorwiegend aus der Blockierung der unabhängigen gesellschaftlichen Kommunikation. Die Anstrengungen der Kommunisten richteten sich auf die Aufrechterhaltung der Einheitsfiktion, Ulbricht nannte diese „sozialistische Menschengemeinschaft“ und Honecker „entwickelte sozialistische Gesellschaft“. Trotz der energischen Vorgehensweisen, die aus dem der Ideologie innewohnenden Glauben an unbegrenzte Steuerungsmöglichkeiten gesellschaftlicher Prozesse begründet waren, konnte diese Totalität zu keiner Zeit vollständig

durchgesetzt werden. Das System der derart kanalisierten gesellschaftlichen Kommunikation blieb fragil und musste unentwegt durch administrativen Druck und Gesellschaftskontrolle gestützt werden. Als Honecker in der Spätzeit der Einheitsfiktion weitere Namen verlieh, etwa „sozialistische Nationalkultur“ oder in Abgrenzung zu Gorbatschows Perestroika „Sozialismus in den Farben der DDR“, konnte er keine Identifikation der Ostdeutschen mit dem sozialistischen Gemeinwesen mehr erreichen.

Auch knüpfte die SED an die unpolitischen Traditionen der deutschen politischen Kultur an. Sigrid Meuschel führte deswegen die relative Stabilität dieses Staates auf eine „Kultur der Angst“ zurück, in der die „unbedingte Disziplin der Kämpfenden“ sich gegen den „Hauptfeind Heterogenität“ und das „Chaos der Zivilisation“¹ der westlichen Moderne stemmte. Banalisiert zeigte sich das auf der Verhaltensebene. In den Apparaten wurden alte deutsche Sekundärtugenden, etwa Sauberkeit, Ordnung und Disziplin, zur Bindung an das System genutzt.

Doch die Bruchstellen zwischen der Gesellschaft und der SED blieben unter der dünnen Decke der Propaganda bestehen. Die Staatsbürger unterliefen trotz aller gleichzeitig praktizierten Anpassung die Vorgaben und entwickelten ein Instrumentarium lautloser partieller Verweigerungen. Das Unterlaufen staatlicher Standards und die Betätigung auf inoffiziellen Märkten oder informellen Öffentlichkeiten wird zutreffend als „Eigen-Sinn“² interpretiert. Dieser Eigensinn half, die Zumutungen und Abhängigkeitsverhältnisse zu kompensieren. Und mehr noch war er mit sozialen Techniken verbunden, die eine Art Tauschhandel zwischen den Untertanen und den Mächtigen ermöglichte, da dieser eine eigenwillige „Aneignung und Deutung von Herrschaftsstrukturen“ bedeutete. „Eigen-sinnig“ motivierte Verhaltensweisen enthielten somit ein durchaus ambivalentes Potential: Sie konnten den totalitären Geltungsanspruch der SED unterlaufen und Bereiche des Aushandelns und der relativen Eigenständigkeit sichern.“³ Um es drastisch zu sagen: Der Bürger zahlte den Preis des scheinbar politischen Wohlverhaltens und des Beschweigens von Missständen für kleine Vorteile, mindestens für Ruhe und kleine private Spielräume.

- 1 Sigrid Meuschel: Legitimation und Partei herrschaft. Zum Paradox von Stabilität und Revolution in der DDR 1945–1989. Frankfurt a. M. 1992, S. 19.
- 2 Dazu: Thomas Lindenberger: Herrschaft und Eigen-Sinn in der Diktatur. Das Alltagsleben der DDR und sein Platz in der Erinnerungskultur des vereinten Deutschlands. In: Aus Politik und Zeitgeschichte B40/2000, S. 5–12.
- 3 Ders.: Die Diktatur der Grenzen. In: Ders. (Hrsg.). Herrschaft und Eigen-Sinn in der Diktatur. Studien zur Gesellschaftsgeschichte der DDR. Köln. Weimar. Berlin 1999, S. 25.

Die Gesellschaft war in die privaten Beziehungen und nicht öffentlichen Tauschgeschäfte vertrieben, eine geschlossene und „stillgelegte Gesellschaft“⁴. Darüber wölbten sich die uneinlösbaren Ansprüche, die sozialistischen Phantasmen. Hinter der Fassade einer informellen Beziehungslandschaft verbargen sich nicht die Konturen einer Zivilgesellschaft. Die allgemeine Resignation äußerte sich in einem Zurückstecken der öffentlichen Fahne hinter die gesellschaftliche und politische Front. Fast jedermann ahnte oder wusste über die Ineffizienz des Systems Bescheid, aber nur sehr wenige trugen es in die Öffentlichkeit. Das war kein Platz, kein günstiger Ort für Zivilcourage.

Opposition und Widerstand

Trotz aller ungünstigen Rahmenbedingungen hat es Bürgermut trotzdem gegeben. Es waren zunächst in der SBZ und der frühen DDR die Menschen, deren soziale Schichten und politischen Gruppen im Visier kommunistischer Liquidationsenergie standen: Die demokratischen Parteien, die Besitzenden, die freien Bauern, das Bildungsbürgertum, unabhängige Künstler und zunehmend die Kirchen. Unzählige Widerstandsgruppen entstanden und setzten der SED-Herrschaft zu. Auf die stalinistischen Pressionen folgte schließlich der kollektive Aufstand vom 17. Juni 1953. Tausende Menschen kamen in die Gefängnisse, viele fanden den Tod und Millionen flohen in den Westen. Doch dieser Bürgermut kam nicht zum Erfolg. Die kommunistische Übermacht und deren brachiale Gewalt erstickte das Aufbegehren. Nach dem 17. Juni 1953 und noch mehr nach dem Mauerbau am 13. August 1961 griff eine tiefe Resignation um sich. Viele Ostdeutsche versuchten sich irgendwie mit dem System zu arrangieren, wenn auch die politische Verfolgung nicht aufhörte.

In den 1970er Jahren wurde aber immer deutlicher die gesellschaftliche Friedhofsruhe gestört, obwohl die SED scheinbar mit Honecker den Zenit ihrer Macht erreicht hatte. Innenpolitisch hatte sie die nahezu perfekte Gesellschaftskontrolle organisiert. Außenpolitisch war die DDR ein anerkannter und durch ein vertragliches Netz stabilisierter Staat geworden. Dennoch knisterte es auch im Inneren unüberhörbar. Aus den eng begrenzten und definierbaren Räumen wurden öffentliche Ansprüche gestellt. Die soziale Entstrukturierung, die politisch relevante Auseinandersetzung mit den kommunistischen Ansprüchen und Selbstdeutungen waren auf die geistigen, kulturellen und religiösen Ebenen geschoben. Kultur und Kirche wurden immer deutlicher Unruhefaktoren. Die Vielfalt des von subjektiven Faktoren abhängigen künstlerischen Schaffens ließ sich nur schwer zu einem monolithischen Ideologiegebilde

4 Zur Diskussion um die „stillgelegte Gesellschaft“: Ralf Jessen: Die Gesellschaft im Staatssozialismus. In: Geschichte und Gesellschaft 21 (1995), S. 99.

zusammenbacken, und die SED musste sich unentwegt mit den Abweichungen in Form und Inhalt auseinandersetzen. Die Geschichte der Kulturpolitik ist darum eine wechselvolle Geschichte des Kampfes um Vereinnahmung und Abgrenzung. Individuelle Interessen meldeten sich öffentlich besonders unter der jüngsten Generation. Subkulturen blühten – trotz der Verfolgung – und westliches Design war dort selbstverständlich. Auch die Fixierung vieler Ostdeutscher auf den Westen war nicht zu beheben. Ausreiseanträge bedeuteten eine öffentliche Totalabsage an die DDR. Die Emanzipation von Teilen der Gesellschaft begann in kleinsten Schritten schon lange vor dem politischen Ende der SED.

Viele Krisen der 1970er Jahre konnten vom SED-Staat nicht mehr behoben werden. Sie sind verbunden mit den Namen kommunistischer Dissidenten, etwa Robert Havemann oder Wolf Biermann. Sie fanden in ausdrucksstarken Protestaktionen Höhepunkte, wie etwa durch die Selbstverbrennung des evangelischen Pfarrers Oskar Brüsewitz im Jahr 1976. In den 1980er Jahren entfaltete sich vornehmlich in den Strukturen der evangelischen Kirche eine kräftige Opposition. Hunderte Gruppen entstanden, die sich untereinander vernetzten, sie unterhielten eigene Zeitschriften, den sogenannten Samisdat, und führten zunehmend öffentlich wirksame politische Aktionen durch. Sie trat als Friedens- und Umweltbewegung auf, setzte sich für Menschenrechte ein und suchte den Kontakt mit anderen kritischen Milieus. Trotz des harten Kampfes des Ministeriums für Staatssicherheit gegen diese Gruppen, konnten sie nicht mehr aufgelöst werden. Dennoch war auch diese Opposition eine Minderheit. Der aktive Kern bestand aus etwa 2000 Menschen. Das waren wenige, wenn diese Anzahl auf die gesamte DDR bezogen wird.

Wahrscheinlich ist es unangebracht, den Mut dieser Menschen allein als Folge ethisch-moralischer Haltungen zu verstehen. Diese gab es natürlich auch, zumal die Mehrheit von ihnen protestantisch geprägt war. Vielmehr ist nach biographiewirksamen Entscheidungskonstellationen zu fragen, die die Persönlichkeit der Handlungsträger im Blick hat. Die letzte Barriere gegen die Durchsetzung totalitärer Ansprüche ist die Konstitution des Individuums, dessen freie Entscheidungen in bestimmten Situationen nur unter dem Preis der Vernichtung seiner juristischen und moralischen Person⁵ von den Herrschenden verhindert werden konnten. Die Leser von MfS-Vernehmungsprotokollen finden das bestätigt. Es gibt Vernommene, deren Persönlichkeit unter dieser Last zusammenbrach. Aber es gibt eben auch diejenigen, die sich in solchen Extremsituationen behaupten konnten. Der Nutzen, der daraus für sie entstand, ist ein Gewinn an Autonomie.

Dass Menschen oft ohne Aussicht auf Erfolg und unter Risiken zum Widerstand übergingen, rührte meist aus individuellen biographischen

5 Vgl. Hannah Arendt: Elemente und Ursprünge totaler Herrschaft. Frankfurt a. M. 1955, S. 716.

Konfliktsituationen mit der Umwelt, etwa aus der eigenen oder familiär überlieferten Erfahrung mit Repression, die von den Betroffenen auf diese Weise verarbeitet wurden.⁶ Im Zentrum dieser Konflikte stand häufig ein drohender Identitätsverlust. Die geistige und kulturelle Identitätswahrung als Motiv für widerständiges Verhalten ist ein Kontinuum in der Widerstands- und Oppositionsgeschichte, die bis zum Ende der Diktatur 1989 eine Rolle spielte. Bei einer wissenschaftlichen Untersuchung der Handlungsmotive einer oppositionellen Frauenfriedensgruppe der 1980er Jahre wurde etwa festgestellt, dass die Auseinandersetzung mit der Familiengeschichte in der NS-Zeit, mit der erfahrenen Repression in der DDR und mit der familiären Gewalt typische Konstellationen für die Entwicklung oppositioneller Verhaltensweisen der Frauen darstellten.⁷ In jedem Fall spielt auch hier der Autonomiegewinn eine Rolle.

Die sich in den personenbezogenen Akten des MfS niederschlagenden Auseinandersetzungen können als „Akt der Selbstbefreiung“ gelesen werden. Und der Autor fügt hinzu: „Die Geschichte der Opposition ist vor allem als eine Geschichte dieser Wiederherstellung der Person zu schreiben.“⁸

Eine der intern unter Oppositionellen immer wieder aufbrechende Frage war, wie die unpolitische und resignierte Gesellschaft zu mobilisieren sei. Es bedurfte der Reflexion der Zustände und der Versuche, eine zivile Gesellschaft zu konstituieren, in denen sich Gruppen und Individuen selbst als handelnde Subjekte ermächtigten, Konflikte inszenierten und auslebten.

Zivilgesellschaftliche Orientierung und Gesellschaftsaufbau

Die öffentliche Wirkung der Opposition blieb zunächst auf die kritischen Milieus und die Kirchen beschränkt. Manchmal erreichte sie auch die Wahrnehmung der westlichen Medien. Die Minderheitenlage heißt aber nicht, dass sie eine soziale Außenseiterrolle⁹ gespielt hätten. Sie waren schließlich in der stillgelegten Gesellschaft nahezu die einzigen, die überhaupt gesellschaftlich aktiv wurden. Konnten sie in ihrer Situation einen Beitrag zur Öffnung der geschlossenen Gesellschaft leisten? Oppositionelle haben ihren eigenen Standort in der Gesellschaft zu bestimmen versucht und reagierten auf unpolitisches

6 Vgl. Reinhard Buthmann: Widerständiges Verhalten und Feldtheorie. In: Ehrhart Neubert/Bernd Eisenfeld (Hrsg.): Macht – Ohnmacht – Gegenmacht. Grundfragen zur politischen Gegnerschaft in der DDR. Bremen 2001, S. 89–120.

7 Vgl. Ingrid Miethe: Frauen in der DDR-Opposition. Lebens- und kollektivgeschichtliche Verläufe in einer Frauenfriedensgruppe. Opladen 1999; Dies.: DDR-Opposition als Neue Soziale Bewegung? In: Neubert/Eisenfeld (wie Anm. 6), S. 121–142.

8 Detlef Pollack: Kulturelle, soziale und politische Bedingungen der Möglichkeit widerständigen Verhaltens in der DDR. In: Neubert/Eisenfeld (wie Anm. 6), S. 366.

9 Vgl. Detlef Pollack: Politischer Protest. Politisch alternative Gruppen in der DDR. Opladen 2000, S. 205ff.

Verhalten polemisch. Dies hatte einen appellativen Charakter angesichts einer Bevölkerung die sich dem Zugriff durch Privatisierung entzog. Die Oppositionellen kamen aus den Kirchen, intellektuellen Zirkeln und den Subkulturen, die strukturell und kulturell ein gewisses Maß von Unabhängigkeit pflegten, und waren von daher deutlich gesellschaftlich orientiert.

Autoren wie Hartmut Zwahr¹⁰ und Patrik von zur Mühlen¹¹ haben den Beitrag der Opposition zur Entstehung der zivilen Gesellschaft herausgestellt. Sehr weit geht Karsten Timmer, der die zivilgesellschaftliche Orientierung herausarbeitet und die entsprechenden Konzepte der Opposition der 1980er Jahre auf die Ereignisse von 1989 umlegt. Zweifellos sind die Handlungsoptionen im Herbst 1989 auf die soziale Praxis und die politischen Erfahrungen innerhalb des oppositionellen Milieus vor 1989 zurückzuführen. Timmer sieht die oppositionellen Gruppen in einem „kollektiven Handlungszusammenhang“ einer sozialen Bewegung, die alle Aktivitäten der Revolution definitiv zusammenbringt und von ihm global als „DDR-Bürgerbewegung“¹² bezeichnet wird. Der Ansatz von Timmer weist darauf hin, dass das Entstehen einer Zivilgesellschaft eines Vorlaufs an Erfahrungen mit einer sozialen und politischen Praxis bedurfte, in der das Aufbrechen der geschlossenen Gesellschaft als Aufgabe verstanden wurde.

Der Begriff „Zivilgesellschaft“ wurde in der DDR-Opposition sparsam und spät verwendet, die Sache aber unentwegt reflektiert. Die Geschichte der Opposition zeigt das Wachstum solcher Ideen, das sich in ihren Dokumenten der 1980er Jahre spiegelt. Diese Debatte stand im engen Zusammenhang mit der ostmitteleuropäischen Dissidenz. Im Samisdat wurden Texte von polnischen Autoren, des Tschechen Václav Havel, des Ungarn György Konrád u.a. dokumentiert und kommentiert.

Für Zivilgesellschaft wurden häufig Synonyme wie „Gesellschaft von unten“¹³ oder gesellschaftliche „Selbstverwaltung“¹⁴ verwendet. Auch basisdemokratische Konzepte und anarchistische Ideen¹⁵ sollten der monolithischen Partei-Staats-Gesellschaft eine Alternative entgegensetzen. Schließlich haben Vordenker immer wieder Gruppentheorien entworfen, die von der Überlegung ausgingen, dass nur in Kontergesellschaften und Alternativkulturen

10 Vgl. Hartmut Zwahr: Ende einer Selbstzerstörung. Leipzig und die Revolution in der DDR. Göttingen 1993.

11 Patrik von zur Mühlen: Aufbruch und Umbruch in der DDR. Bonn 2000.

12 Karsten Timmer: „Für eine zivile Gemeinschaft zivilisierter Bürger“ – Die ideellen Grundlagen der DDR-Bürgerbewegung 1989/90. In: Günther Heydemann/Gunther Mai/Werner Müller (Hrsg.). Revolution und Transformation in der DDR 1989/90, Berlin 1999, S. 53.

13 Vgl. als Textbeispiel: Edelbert Richter: Konsequenzen aus dem „neuen Denken“ für unsere Friedensarbeit. In: Spuren. Zur Geschichte der Friedensbewegung in der DDR. Samisdat. Januar 1988, S. 110ff.

14 Gerd Poppe: Zur Entwicklung des grenzüberschreitenden Dialogs. In: Spuren. Zur Geschichte der Friedensbewegung in der DDR. Samisdat. Januar 1988, S. 94ff.

15 Vgl. dazu die Samisdat-Reihe „Kopfsprung“ der „Kirche von unten“ in Berlin seit 1988.

stellvertretend für die geknebelte Gesellschaft Veränderungen herbeigeführt werden könnten. Dazu gehörten die Gruppen eines anzustrebenden „kommunistischen Bundes“ bei Rudolf Bahro¹⁶ ebenso wie die kirchlichen Gruppen im „konziliaren Prozeß“ bei Heino Falcke¹⁷ oder die „Enklaven solidarischen Lebens“ von Hans-Jürgen Fischbeck¹⁸.

Diese Konzepte sollten die gesellschaftlichen Voraussetzungen für politisches Handeln definieren, da wenigstens in Ansätzen gesellschaftliche Räume erschlossen oder geschaffen werden mussten. Die Kirchen als Träger eines traditionellen Kulturbereichs, den es ständig zu verteidigen galt und deren Mitglieder schon für die durchgehaltene Mitgliedschaft Zivilcourage aufbieten mussten, boten beste Bedingungen für einen praktischen Gesellschaftsaufbau. Unter dem Dach der Kirchen konnten soziale Formen einer gleichberechtigten Kommunikation entwickelt werden. Den Kirchen wuchs so die Funktion einer Ersatzgesellschaft zu. Hier fanden sich kritische, verbotene und staatlich behinderte Künstler, Gruppen von Homosexuellen und die politisch aktiven Kerne jugendlicher Subkulturen ein. Dies waren singuläre Aktivitäten des Gesellschaftsaufbaus. Fast alle Aktivisten hatten als Oppositionelle dieser Arbeit begonnen oder machten im Zuge ihres Engagements eine oppositionelle Karriere.

Um nur auf ein Beispiel wirksamen Gesellschaftsaufbaus zu verweisen, sei das Pastorenehepaar Almuth und Chrisfried Berger¹⁹ erwähnt. Sie hatten sich über Jahre in oppositionellen Gruppen engagiert und bauten erfolgreich eine Ausländerarbeit auf, die sowohl gegen die latente Ausländerfeindlichkeit in der Bevölkerung wie gegen die restriktive Gettoisierung von Ausländern seitens des Staates stand. Die Aktivitäten wurden 1990 von der Politik fortgeführt..

Im Frühjahr 1988 hat Hans Jochen Tschiche während des Seminars „Konkret für den Frieden“ in Cottbus 200 Gruppenvertretern ein programmatisches „Konsenspapier“ vorgelegt, in dem die sozialen und politischen Aspekte ineinander fließen: Die Gruppen „suchen Mittel und Wege, um ihren Widerstand und ihr Ziel unübersehbar durch zeichenhaftes Handeln an die Öffentlichkeit zu bringen... Die Gruppen fordern die pluralistische, demokratische und dezentralisierte Organisation des wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Lebens in der DDR [...] Um diese Ziele zu erreichen, [...] mit Enttäuschungen und massivem Druck von unterschiedlichen Seiten leben zu können, brauchen die Gruppenmitglieder Trainingsfelder [...] zur Einübung der eigenen alternativen

16 Vgl. Rudolf Bahro: Die Alternative, Zur Kritik des real existierenden Sozialismus. (Lizenzausgabe der Erstausgabe von 1978). Berlin 1990.

17 Vgl. Heino Falcke: Unsere Kirche und ihre Gruppen: Lebendiges Bekennt? In: Kirche im Sozialismus 11 (1985), S. 145ff.

18 Hans-Jürgen Fischbeck: Was gibt es noch zu hoffen? Das Reich Gottes und die gegenwärtige Bedrohung der Menschheit. masch. Manuskript Berlin 1987.

19 Helmut Müller-Enbergs/Jan Wiegohs/Dieter Hoffmann (Hrsg.): Wer war wer in der DDR? Ein biographisches Lexikon. Berlin 2000, S. 64 f.

Lebensweise [...], zur Verarbeitung der eigenen Ohnmachtserfahrungen angesichts staatlichen Zwangs [...] Die Gruppen stellen diese Trainingsfelder zur Verfügung [...]"²⁰

Die Gruppen verstanden sich als gesellschaftlich Mitverantwortliche und Vertreter der Interessen der in Unmündigkeit gehaltenen Gesellschaft. Nicht anders hat auch die „Charta 77“ in der CSSR agiert. In ihrem Gründungsdokument heißt es nach der Bekundung der gesellschaftlichen Mitverantwortung für die Einhaltung der Menschenrechte: „'Charta 77' ist eine freie informelle und offene Gemeinschaft... fußt auf dem Boden von Solidarität und Freundschaft von Menschen, die von der gemeinsamen Sorge um das Geschick der Ideale bewegt werden, mit denen sie ihre Arbeit verbunden haben und verbinden [...] 'Charta 77' ist keine Basis für oppositionelle politische Tätigkeit.“²¹

Dieses Selbstverständnis setzte nicht primär bei den bestehenden Machtverhältnissen an, sondern verlegte die Handlungsziele in einen vorpolitischen Bereich. Der Subjektcharakter der Handelnden wird betont, wie das Leben in der eigenen Gruppe als Basis gesellschaftlichen Handelns angesehen wird. So findet sich in den meisten oppositionellen Gruppen immer beides: Der Anspruch, Teil der Gesellschaft zu sein und für diese zu arbeiten, sowie auch das Bewusstsein, einen exklusiven Sonderbereich darzustellen.

Ein eindrückliches Dokument für dieses Selbstverständnis ist ein Aufsatz von Gerd Poppe vom Juni 1987. Er schrieb: „Wir haben unsere Rechte eingeklagt, mit der Repression und der Ignoranz der Mächtigen umzugehen gelernt, unseren Minderheitsstatus akzeptiert, sind aus unserer Anonymität herausgetreten [...] Wir haben begonnen nach unseren Vorstellungen zu leben und, wenn uns die 'geschlossene Gesellschaft' dabei behinderte, unsere eigenen Strukturen und Informationssysteme zu entwickeln [...] Eine solche Bewegung, die zwar gemeinsam, aber nicht mehr im Sinne einer gemeinsamen Ideologie handelt, legt schon einen Keim für eine pluralistische Gesellschaft.“²²

Die Oppositionellen waren der politische Katalysator für die Emanzipation der Untertanen zum Bürger – freilich in kleinen Schritten. Kaum eine Gruppe im Lande wurde mehr verfolgt, und kaum eine Gruppe hatte sich mehr Freiheit genommen. Beides, die Energie dem Druck standzuhalten und der Genuss der Freiheit, waren reaktionsfreudige „Stoffe“ in einem europäischen Prozess, der einen gemeinsamen Ideenhaushalt hatte.

20 Hans-Jochen Tschiche: Teilhabe statt Ausgrenzung – Wege zu einer solidarischen Lebens- und Weltgestaltung, In: Arbeitsmaterialien des Fortsetzungsausschusses Frieden konkret beim Evangelischen Jungmännerwerk, Berlin Sophienstraße 19, Februar 1988, Wachsmatrizenabzug.

21 Zitiert nach: Jiri Pelikán/Manfred Wilke (Hrsg.): Menschenrechte. Ein Jahrbuch zu Osteuropa. Reinbek bei Hamburg 1977, S. 224.

22 Gerd Poppe (wie Anm. 14), S. 106.

In welchem Maße die Opposition nicht nur auf die Umgestaltung des politischen Systems zielte, sondern die Aktivierung der Gesellschaft im Blick hatte, zeigten die konzeptionellen Ansätze der Bürgerbewegungen. Im Gründungsauftrag des Neuen Forums vom 11.9.1989 hieß es: „In unserem Lande ist die Kommunikation zwischen Staat und Gesellschaft offensichtlich gestört.“ In der „gegenwärtigen krisenhaften Situation“ sei die Beteiligung vieler Menschen am „gesellschaftlichen Reformprozess“ nötig. Dazu sollte das Neue Forum als eine gemeinsame „politische Plattform für die ganze DDR, die es Menschen aus allen Berufen, Lebenskreisen, Parteien und Gruppen möglich macht, sich an der Diskussion und Bearbeitung lebenswichtiger Gesellschaftsprobleme in diesem Land zu beteiligen“, gebildet werden.

Mit diesem Aufruf kam eine gesellschaftliche Selbstorganisation in Gang, die dem jahrelangen Stau zum Durchbruch verhalf. Es entstand eine Unzahl von Bürgerinitiativen, die teilweise auf Aktivitäten in den 1980er Jahren zurückgingen und nun den gesellschaftlichen Raum eroberten. Jetzt wurden lange niedergehaltene kommunale Probleme, wie die Zerstörung der Innenstädte, bearbeitet. Die kommunalen Runden Tische gaben diesen Initiativen Bewegungsraum. Alte Forderungen der Opposition wurden abgearbeitet. Es kam zu einer Regelung des Zivildienstes unter Einbeziehung der oppositionellen Wehrdienstverweigerer. An speziellen Runden Tischen wurde die Jugendarbeit pluralisiert. In rascher Folge formierten sich kulturelle Vereine und Berufsvertretungen. Eifer und Ausmaß dieser gesellschaftlichen Selbstorganisation, die als solche schon eine Entmächtigung der Politik darstellte, hat die euphorische Wortbildung „Herbstgesellschaft“ hervorgebracht. Der Zusammenbruch der Gesellschaftskontrolle durch die Kommunisten zeigte sich in emotional aufgeladenen Befreiungserlebnissen.

Die Überwindung der Angst brauchte Voraussetzungen. Oppositionelle haben um diese Angst gewusst und ihre Überwindung angestrebt.²³ Sie hatten die Angst im Training des gewaltlosen Widerstandes und durch ihre politische Selbstermächtigung überwunden und trugen diese Erfahrungen auf die Straßen.

Der wohl stärkste Ausdruck der Selbstermächtigung der Gesellschaft, die sich in der vieltausendfachen und für DDR-Bürger ungewöhnlichen Zivilcourage dokumentierte, war die Sprache bzw. die Entfaltung der Sprache in der Revolution.²⁴ Die Menschen, die bisher geschwiegen hatten, sprachen sich auf

23 Textbeispiele: Jürgen Fuchs: Das Ende einer Feigheit. Reinbek bei Hamburg 1988; Jens Reich: Am wichtigsten ist die Befreiung von der Angst. In: Gerhard Rein: Die Opposition in der DDR. Berlin 1989, S. 27–34.

24 Vgl. Ehrhart Neubert: Unsere Revolution. Die Geschichte der Jahre 1989/90. 2. Aufl. München 2009.

den Straßen und Plätzen mit ihren skandierten Losungen und Texten auf den Transparenten frei. Unaufhaltsam hatte das Sprechen des Unerhörten die Sprecher mit sich gerissen. An den Sprüchen und Losungen lässt sich aber auch die Evolution der Selbstermächtigung der Gesellschaft ablesen. Bei Beginn der Demonstrationen im September 1989 sind diese Texte noch defensiv: „Keine Gewalt!“ Im Oktober werden sie mutiger und frech: „Wie wir heute demonstrieren (früher arbeiten!), werden wir morgen leben.“ Im November nach der Maueröffnung: „Deutschland einig Vaterland!“ Im Dezember heißt es schon: „SED- das tut weh.“ Und im Januar, die institutionelle Demokratisierung steht bevor: „Es wird langsam zur Qual, wir brauchen diese Wahl!“

Während die Gesellschaft im gemeinsamen Handeln an Macht und Sprachgewalt gewann, trat in der SED-Führung eine babylonische Sprachverwirrung ein. Noch hatte sie alle Sicherheitsorgane, noch hatte sie die Befehlsgewalt. Aber die Instrumente zur Herrschaft und notfalls zur Gewaltanwendung taugten nicht, eine echte Machtbeziehung zur Gesellschaft wieder herzustellen.

1989 kam es im Sinne einer von Hartmut Zwahr eingeführten Metapher für das Verhalten von Menschen in der geschlossenen Gesellschaft nach Jahren der gesellschaftlichen „Selbsterstörung“ zu einer „Selbstbefreiung“²⁵. In den Vorjahren machten fast nur Oppositionelle und in der Revolution schon sehr viel mehr Menschen die „subjektiv neue erregende Erfahrung der Akteure [...] politisch handeln zu können.“²⁶ Die Demonstrationen bestanden aus Demonstranten, sie waren keine zum Kollektiv getrimmte Masse wie bei den befohlenen Staatskundgebungen, sondern die zukünftigen Wähler, die bei ihrer Stimmabgabe allein in der Wahlkabine stehen wollten, ohne den feindlichen Blick im Rücken und den Strich auf der Liste. Ihr wiedergefundener Mut hatte die Diktatur hinweg gefegt und ein neues vereintes Deutschland ermöglicht.

25 Hartmut Zwahr (wie Anm. 10), S. 11ff.

26 Bernward Baule: Freiheit und Revolution. Die Bedeutung von 1989 für die Berliner Republik. In: Ders. (Hrsg.): Hannah Arendt und die Berliner Republik. Berlin 1996, S. 86.